

Die Grenzen schließen für Waffen

Rüstungsgegner Jürgen Grässlin stellt im Rahmen der Reihe „Schule trifft Wirtschaft“ die Zusammenhänge zwischen Waffenexporten und Flüchtlingsströmen dar

Zur zwölften Veranstaltung von „Schule trifft Wirtschaft“ lud Schulleiter Stefan Ranzinger den laut der Wochenzeitung „Die Zeit“ und dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ Deutschlands bekanntesten Rüstungsgegner Jürgen Grässlin ein. 200 Schüler hörten dessen Ausführungen gebannt zu.

BIETIGHEIM-BISSINGEN (ra). Grässlin, der unter anderem bereits mit dem Stuttgarter Friedenspreis sowie dem Grimme-Preis ausgezeichnet wurde, begann seinen Vortrag mit einer sogenannten „Vor-Ort-Recherche“ bei der badischen Firma Heckler & Koch, deren Kleinwaffen weltweit exportiert werden. Dabei stach besonders die Zahl heraus, dass von 100 Kriegstoten durchschnittlich 63 durch Kleinwaffen wie dem G3-Gewehr von H&K getötet werden. Dass mit dem in Ditzingen ansässigen Konzern Thales außerdem einer der führenden Militärelektronikerhersteller in der Region besteht, überraschte die Zuhörer. Grässlin hatte weitere Details parat: Daimler-Benz habe bereits 150 000 Militär-Unimogs weltweit verkauft. Nicht vielen sei bewusst, dass Militärtechnik auch im regionalen Umfeld ein Wirtschaftsfaktor sei, so der Rüstungsgegner.

Bei den aktuellen Rüstungszahlen liegt Deutschland auf Rang drei, wenn man die Produktion von Kleinwaffen und Munition betrachtet. In dieser Hinsicht mahnte Grässlin vor allem den Anstieg beim Export in sogenannte Drittländer – also Länder, die nicht der EU oder der Nato angehören – an: Von 2015 auf 2016 sei dieser um ein 20-Faches gestiegen.

Die Problematik hierbei sei, dass diese Drittländer oft Staaten im nahen Osten oder im Maghreb seien, in denen die Menschenrechtssituation prekär sei. In der Vergangenheit seien unter den Kunden für deutsche Waffen gerade diejenigen Länder gewesen, aus denen heute die meisten Flüchtlinge kommen – Syrien, Afghanistan, Irak.

Da Waffen in diesen Ländern auch in die Hände des Islamischen Staats (IS) gelangten, fasste Grässlin dies in die Aussage „Der IS schießt deutsch“ und führte aus, dass



Rüstungsgegner Jürgen Grässlin zu Gast im Beruflichen Schulzentrum in Bietigheim-Bissingen.

Foto: bsz

auch Waffenhandel ein Fluchtgrund sei.

Um als Bürger die Kriegswirtschaft zu beobachten und kritisieren zu können, schlug Grässlin unter anderem vor, „kritischer Aktionär“ zu werden, indem man als Firmenanteilsnehmer ein Mitspracherecht erwirkt.

Der Freiburger Lehrer bezeichnete sich selbst augenzwinkernd als Kapitalisten, da er jeweils eine Aktie der namhaftesten Rüstungsfirmen in Deutschland besitzt. Aber auch bereits durch kritisches Hinterfragen, Recherchieren und den Gang in die Öffentlichkeit mittels Demonstrationen könne man dazu beitragen seine Mitmenschen für

die Thematik zu sensibilisieren, betonte er.

In der abschließenden Diskussion stellte sich Grässlin den Fragen der Schüler. Ein Schüler wollte wissen, ob bei den Rüstungsfirmen ein Sinneswandel durch Grässlins Arbeit festzustellen sei.

Dazu konnte der Referent Fortschritte aufzeigen: So suchten viele Firmen den Ausweg aus der Rüstungsproduktion. Daimler-Benz beispielsweise reduziere seine Produktionsmenge und andere Waffenfirmen stellten auf die ausschließliche Produktion von Sportwaffen um. Doch bis zu seinem Ziel: „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ sei es noch

ein langer Weg, für den es Unterstützung benötige. Der Vortrag Grässlins wurde ergänzt durch eine schulinterne Umfrage, durchgeführt von einem Seminarkurs, der sich bereits das ganze Schuljahr mit dem Thema Rüstungsexporte auseinandersetzt. Die Ergebnisse wurden von Hannah Klenk und Pascal Elser vorgestellt und zeigten, dass sowohl unter Schülern als auch unter Lehrern oftmals kein Wissen darüber besteht, wer in der Bundesrepublik über Rüstungsexporte entscheidet.

Ebenso wenig war vielen Befragten bewusst, dass sämtliche Regierungsparteien der vergangenen Jahrzehnte (CDU/CSU,

SPD, FDP, B'90/Die Grünen) ihre Zustimmung zu Rüstungsexporten gaben. Nachdenklich stimmte auch das Ergebnis, dass 60 Prozent der befragten Schüler bei einem Rüstungskonzern arbeiten würden, wenn dadurch ein höherer Verdienst in Aussicht stünde. Jürgen Grässlin bewunderte das Engagement und den Wissensdurst der Schüler und gab ihnen die „Hausaufgabe“, kritische Aktionäre zu werden, während er weiterhin die Aufgabe verfolge, Waffenexporteure zu „verknacken“.

Im Herbst beginnt übrigens der Strafprozess in Stuttgart gegen Mitarbeiter von Heckler & Koch.